

Niederschrift
über die Sitzung des Bürgerausschusses
am 28.06.2016

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Erwin Jung
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Alexander Rüsing
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Brigitte Biermann
Herr Erik Brücher
Frau Dr. Wiebke Esdar
Herr Dr. Michael Neu
Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerald Gutwald
Herr Harald Haemisch
Herr Klaus Rees

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

FDP

Herr Gregor vom Braucke

Die Linke

Herr Peter Ridder-Wilkens

Beratende Mitglieder

Herr Ali Sedo Rasho

Bürgernähe/Piraten

Herr Lars Büsing

Von der Verwaltung:

Frau Nettelstroth – Rechtsamt

Frau Steinkötter – Rechtsamt, Schriftführerin, Tel.: 51-2193

Frau Dammann - Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Henrichsmeier, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Bürgerausschuss beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht genannt.

Zu Punkt 1 **Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Bürgerausschusses am 31.05.2016**

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Bürgerausschusses am 31.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 Beratung von Anregungen und Beschwerden

Zu Punkt 4.1 Calisthenics Park auf dem Kesselbrink

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3365/2014-2020

Frau Nettelstroth trägt vor, dass der Petent angeregt habe, im Zuge der Umgestaltung des Kesselbrinks einen Calisthenics Park einzurichten. Der Kesselbrink würde dadurch kulturell vielfältiger und ansprechender für ein junges Publikum, aber auch älteren und sozial schwächeren Menschen würde die Möglichkeit einer offenen und kostenlosen Trainingsmöglichkeit geboten. Im Gegensatz zu dem typischen Krafttraining in Fitnesscentern handele es sich bei „Calisthenics“ (auch Street Workout) um ein gesundes Eigengewichtstraining, das fast überall und zu jeder Zeit möglich sei. Der Petent berufe sich auf die zunehmende Popularität der Calisthenics Bewegung in vielen deutschen Städten und sehe einen Calisthenics Park auf dem Kesselbrink auch als möglichen Austragungsort für regionale und überregionale Wettkämpfe. In Bielefeld gebe es seit 2013 zudem einen Verein „Apestenics e.V.“, der über mehr als 100 Mitglieder verfüge. Lt. Unterschriftenliste des Petenten vom 25.04.2016 werde die Online-Petition von rd. 480 Personen unterstützt.

Die Neugestaltung des Kesselbrinks werde zurzeit in der Bezirksvertretung Mitte beraten. Die weitere Planung und Abstimmung der zu treffenden Maßnahmen stehe noch aus. Die BV Mitte sei bereits darüber unterrichtet, dass eine Petition eingegangen sei, die eine Anregung zur Gestaltung des Kesselbrinks enthalte.

Der Petent führt aus, dass er seit über 4 Jahren den Sport ausführe und das Interesse an dieser Sportart sehr groß sei. Ein Calisthenics Park auf dem Kesselbrink würde vieles erleichtern, da momentan auf Spielplätzen trainiert werde. Um die 1.000 Leute würden sich im Internet organisieren und im Zusammenhang mit der Skateanlage würde die jugendspezifische Ausrichtung auf dem Kesselbrink vergrößert.

Herr Jung bemerkt, dass er den Antrag unterstützen würde und eine Verweisung der Petition an die BV Mi befürworten würde.

Frau Biermann schließt sich dem Vorschlag von Herrn Jung an.

Herr Ridder-Wilkens weist darauf hin, dass lediglich 12 Personen aus Bielefeld die Online-Petition unterstützt hätten. Trotzdem würde er eine Verweisung an die BV Mi mittragen.

Herr Gutwald schlägt vor, die Petition zusätzlich an den Schul- und Sportausschuss zu verweisen. Die Anregungen des Petenten seien in der BV Mi bereits in die Beratung mit eingeflossen. In der nächsten Sitzung der BV Mi werde die Beratung über die Neugestaltung des Kesselbrinks fortgesetzt.

Herr vom Braucke unterstützt die Petition ebenfalls.

Herr Büsing ergänzt, dass der Kesselbrink insgesamt ein Gesamtkonzept benötigen würde und sich der Calisthenics Park einfügen müsse.

Beschluss:

Die Petition wird an die BV Mi und den SchA verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3371/2014-2020

Frau Nettelstroth berichtet, dass die Initiative anrege, die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete auch schon in den ersten 15 Monaten ihres Aufenthaltes in Deutschland einzuführen.

Ferner weise die Initiative darauf hin, dass für sog. „papierlose Menschen“ die Einführung eines zusätzlichen, anonymisierten Gesundheitskartentyps notwendig sei.

Frau Nettelstroth führt weiter aus, dass das Thema Gesundheitskarte für Flüchtlinge die Gremien der Stadt Bielefeld inzwischen seit mehr als einem Jahr beschäftige.

In der Sitzung des SGA am 17.03.2015 sowie des Rates am 23.04.2015 sei die Verwaltung beauftragt worden, zu prüfen, ob Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG eine Chipkarte erhalten können und welche Folgen dies für Leistungsberechtigte und die Stadt habe.

Die Verwaltung habe hierzu bereits mehrere Zwischennachrichten im SGA (16.06. /24.11.2015) gegeben und auch im Rat am 17.09.2015 weiter Stellung genommen.

Zwischenzeitlich habe das Land NRW mit den gesetzlichen Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung zur gesundheitlichen Versorgung der Flüchtlinge abgeschlossen. Dieser Rahmenvereinbarung könnten die Kommunen beitreten, sie hätten aber auch die Möglichkeit, die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen weiter selbst sicherzustellen.

In der letzten SGA-Sitzung am 14.06.2016 sei eine Anfrage zum Stand der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in anderen Kommunen beantwortet worden, die der Rahmenvereinbarung in NRW bereits beigetreten seien.

Die Verwaltung habe sich in den bisherigen Sitzungen der politischen Gremien dafür ausgesprochen, aufgrund des voraussichtlichen Kosten- und Verwaltungsaufwands zunächst die Erfahrungen anderer

Kommunen abzuwarten, die bereits die elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete eingeführt haben.

Damit werde noch keine endgültige Entscheidung für oder gegen die Gesundheitskarte getroffen. Die Rahmenvereinbarung zur gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen in NRW ermögliche es den Kommunen, der Vereinbarung jeweils zum Beginn eines Quartals beizutreten.

Für die Einführung einer sog. „anonymisierten Gesundheitskarte“ für papierlose Menschen sehe die Verwaltung keine rechtliche Grundlage. Dieser Personenkreis sei – solange er anonym bleibe – auch nicht von der Rahmenvereinbarung abgedeckt.

Frau Dr. Ulrich von der Medizinischen Flüchtlingshilfe benennt die Vorteile bei einer Ausdehnung der elektronischen Gesundheitskarte auf die ersten 15 Monate des Aufenthaltes:

- die elektronische Gesundheitskarte sei ein leicht verständliches und leicht handhabbares System
- mehrfache Gänge zum Sozialamt wegen der Abholung von Krankenscheinen würden entfallen
- die Diskriminierung würde gesenkt
- eine Abrechnung bei Krankheit außerhalb des Stadtgebietes sei unkomplizierter
- die Unsicherheit bei Ärzten und Apotheken würde beseitigt.

In Bremen werde die elektronische Gesundheitskarte bereits ab dem ersten Monat ausgegeben. Berlin und Brandenburg würden dieses System demnächst auch praktizieren, auch die Wohlfahrtsverbände befürworteten die elektronische Gesundheitskarte ab dem ersten Monat.

Frau Schülle von der Medizinischen Flüchtlingshilfe fasst die Argumente des Positionspapiers zusammen:

- einfacher Zugang zum Gesundheitssystem
- regionaler Maßstab für eine fortschrittliche Flüchtlingspolitik
- Abbau von Bürokratie bei den Arztpraxen
- Entscheidung über Arztbehandlung werde von medizinischen Experten und nicht von Sachbearbeitern getroffen
- Kosten werden eingespart oder bleiben gleich. Eine exakte Prüfung sei wünschenswert.

Herr Dr. Welteke von der Medizinischen Flüchtlingshilfe ergänzt, dass aus seiner Sicht nicht der politische Wille der elektronischen Gesundheitskarte entgegenstünde, sondern die Kosten das Problem seien. Die Verwaltung würde von einer Kostensteigerung ausgehen. Er schlägt daher vor, eine lokale und bezahlbare Lösung zu suchen. Dies solle in einem offenen Gespräch erfolgen. Die Rahmenvereinbarung stünde einer derartigen Lösung nicht entgegen.

Herr Jung bemerkt, dass die Kosten zu hoch seien und Herr Nürnberger dies in der letzten Sitzung des SGA angesprochen habe. Der Verwaltungsaufwand sei ebenfalls zu hoch, Herr Nürnberger würde

bereits nach einer Lösung suchen. Die Petition solle daher an den SGA verwiesen werden.

Herr Ridder-Wilkens bedankt sich bei den anwesenden Vertretern der Initiative für das Engagement und unterstützt uneingeschränkt die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ab dem ersten Monat. Studien würden zudem besagen, dass keine Kostensteigerung zu erwarten sei. Die anderen Parteien und der Sozialdezernent würden die Einführung blockieren, die Petition solle daher erneut im SGA beraten werden.

Herr Rees dankt den Petenten und weist darauf hin, dass auch die Haushaltsverantwortung beachtet werden müsse. Die elektronische Gesundheitskarte solle früher eingeführt werden, die Erfahrungen aus den anderen Städten sollten aber zunächst abgewartet werden. Bielefeld habe schon eine gute Praxis im Umgang mit dem Gesundheitswesen für die Geflüchteten, diese könne aber noch verbessert werden. Er spricht sich für eine lokale Lösung aus und schlägt vor, dass sich die städtischen Kliniken zu dieser Thematik äußern sollen.

Frau Biermann schließt sich den Ausführungen von Herrn Rees an und bedankt sich ebenfalls für das ehrenamtliche Engagement. Sie befürwortet eine Verweisung an den SGA.

Herr Büsing dankt den Petenten und spricht sich für eine lokale Lösung aus. Der politische Wille sei aus seiner Sicht vorhanden.

Beschluss:

Die Petition wird an den SGA verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Ergänzung der Gedenktafel von Richard Kaselowsky

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3366/2014-2020

Frau Nettelstroth erläutert, dass der Petent eine Ergänzung der in der Kunsthalle Bielefeld im Jahr 1968 angebrachten Gedenktafel, mit der auch Herrn Richard Kaselowsky gedacht wird, begehre. Die Tafel solle um Informationen über das Leben und die Rolle Richard Kaselowskys während der Nazizeit ergänzt werden. Die Initiativgruppe „Anti-Kaselowsky“ habe am 30. April ein Flugblatt an Besucher der Kunsthalle verteilt, welches eine entsprechende Aufforderung an den Rat enthalte.

Frau Nettelstroth führt weiter aus, dass sich der Rat bereits im Jahr 1998 und im Jahr 2014 mit der Person Richard Kaselowskys als Namensgeber befasst und wie folgt darüber beschlossen habe:

1) In der Ratssitzung am 29.10.1998 wurde vom Rat die Umbenennung der Kunsthalle von „Richard Kaselowsky Haus – Kunsthalle der Stadt Bielefeld“ in „Kunsthalle Bielefeld“ beschlossen.

2) In der öffentlichen Ratssitzung am 08.05.2014 wurde der Antrag der Fraktion Die Linke, die „Kaselowskystraße“ in „Hochstraße“ umzubenennen, mit großer Mehrheit des Rates (bei nur 4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung) abgelehnt.

Diese Ablehnung sei von der Mehrheit im Rat im Ergebnis damit begründet worden, dass das Thema des nationalsozialistischen Hintergrundes in der Wahlperiode 2014-2020 unter Beteiligung aller betroffenen Gruppierungen sorgfältig aufgearbeitet und einer Gesamtbetrachtung der historischen Zusammenhänge unterzogen werden solle. Auch der Umstand, dass die Familie Oetker ihre Bereitschaft zur weiteren Aufklärung dieser Zusammenhänge signalisiert habe, sei in dieser Ratssitzung gewürdigt worden.

Von dieser Beschlusslage sei derzeit auszugehen.

Der Petent verteilt ein Blatt mit einem Vorschlag zu der Ergänzung der Gedenktafel. Er verweist auf das Buch „Dr. Oetker und der Nationalsozialismus“ aus dem Jahr 2013, welches neue Informationen liefere.

Frau Dr. Esdar spricht sich für eine Verweisung der Petition an den HWBA aus. Das Thema sei bereits mehrfach diskutiert worden und die historische Aufarbeitung sei im Rahmen der Umbenennung der Kaselowskystraße bereits beschlossen worden.

Herr Rees verweist auf einen Artikel aus der Zeitung „Die Zeit“ vom 17.10.2013 in dem August Oetker mit den Worten „Mein Vater war ein Nationalsozialist“ zitiert werde. Zudem merkt er an, dass die Gedenktafel ergänzt und nicht zerstört werden solle. Er unterstützt eine Verweisung der Petition an den HWBA, dort solle eine für alle Seiten tragbare Lösung gesucht werden. Die Widmungsgeber müssten dabei in den Dialog mit einbezogen werden.

Herr Ridder-Wilkens spricht sich für eine Wiederaufnahme dieses Themas aus. Seine Fraktion habe den Antrag zur Umbenennung der Kaselowskystraße gestellt, die Gedenktafel habe sie dabei nicht im Blick gehabt. Die Aufarbeitung der Familie Oetker habe ergeben, dass Kaselowsky ein Nationalsozialist gewesen sei. Es müsse daher auch eine Tafel an der Kaselowskystraße angebracht werden, die auf seine Rolle im Nationalsozialismus hinweise. Der Rat müsse sich autonom gegenüber der Familie Oetker zeigen. Der Verweisung an den HWBA stimme er zu.

Herr Jung befürwortet eine Verweisung an den HWBA, weist aber darauf hin, dass die Diskussion im Dialog mit der Familie Oetker erfolgen müsse.

Herr vom Braucke schließt sich der Verweisung der Petition und dem Dialog mit der Familie Oetker an.

Herr Büsing hält die Ergänzung der Gedenktafel für selbstverständlich, der Bezug zum Nationalsozialismus dürfe nicht unkommentiert bleiben. Er spricht sich ebenfalls für eine Verweisung aus.

Beschluss:

Die Petition wird an den HWBA verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegt kein Bericht vor.

-.-.-

Gerhard Henrichsmeier

Katrin Steinkötter
(Schriftführerin)